

Die unverzichtbare Globale Transatlantische Allianz unter der Präsidentschaft Barack Obamas

IHK Karlsruhe 9. März 2009

J.D. Bindenagel, U.S. Botschafter a.D.
Vorstandsmitglied, AHK Chicago
Deutsch-Amerikanische Handelskammer des Mittelwestens
Vice-President, DePaul University, Chicago, Illinois

Sehr verehrte Professor Mengele, General Konsulin Powell, sehr verehrte Gäste, meine Damen und Herren. Vielen Dank für die Einladung, um vor Ihnen über die transatlantische Agenda unter der Präsidentschaft Barack Obamas mitten in der wirtschaftlichen Krise zu sprechen.

Die USA haben „Change“ gewählt, und ich bin froh, dass ich jetzt wieder sagen kann, die Amerikaner trauen sich zu, das Unmögliche möglich zu machen. Das Ergebnis der Wahl erneuert die Zuversicht unseres Landes, die gegenwärtige Rezession zu überwinden und sie bestärkt unser Vertrauen in die Zukunft. Ich bin Realist; die Krise ist ernst. Ich bin aber auch Optimist; alles ist möglich.

Nichtdestotrotz, sieht sich Präsident Obama enormen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen gegenübergestellt, wie Amerika sie nicht mehr seit der Zeit der Great Depression (Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren) und dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat.

Die politischen Prioritäten des Präsidenten und seiner Regierung werden vor allem die Bewältigung dieser Wirtschaftskrise sein. Um dies zu erreichen, sollen bestehende Arbeitsplätze bewahrt und neue geschaffen werden. Und vor allem muss das Bankwesen gerettet werden. Mit diesen Zielen befindet sich die U.S. Regierung auf dem richtigen Kurs.

Darüber hinaus müssen das amerikanischen Gesundheits-, Bildungs- und Altersversorgungssystem reformiert werden. Ebenso muss die Regierung hinsichtlich der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit der USA eine klare Strategie verfolgen. Außenpolitisch ist der Fokus nach wie vor auf die Kriege im Irak und in Afghanistan gerichtet. Daneben gilt es, zusammen mit unseren Verbündeten, Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abzuhalten. Außerdem ist zu erwarten, dass die Bereitschaft des amerikanischen Kongresses, künftig einen protektionistischen Wirtschaftskurs einzuschlagen, wachsen wird.

Präsident Obama wird es also nicht leicht haben. Allerdings hat er nach seinem klaren Sieg über Senator McCain, vom amerikanischen Volk ein unbestrittenes Mandat erhalten. Es sieht so aus, als ob sich der neue Präsident an Franklin D. Roosevelt orientiert und wie dieser der Rezession mit neuartigen politischen Herangehensweisen begegnet. Das

Konjunkturprogramm, der Stabilitätsplan für das Finanzwesen und die Umstrukturierung der Hypotheken sprechen dafür und diese Mittel könnten dazu geeignet für Obama's Angriff auf die Krise sein. Obama bringt Amerika neuer Zuversicht aus der Krise zu führen.

Die dringlichste Frage wird für Präsident Obama sein, wie durch diese Programme die amerikanische Führungsrolle in globalen Angelegenheiten wieder zum Tragen gebracht werden kann. Das sehen wir in London bei den G-20 Gipfel und hier in Baden-Baden beim NATO Gipfel.

Viele Amerikaner glauben, dass eine eurozentristisch ausgerichtete Politik für Amerika nicht mehr in Frage kommt. Ja, die Schwierigkeiten die Amerika im 20. Jahrhundert dazu gezwungen haben, sein Hauptaugenmerk auf Europa zu richten – der Faschismus und Nationalsozialismus, der Holocaust, Stalin, die beiden Weltkriege und der Kalte Krieg – sind vorüber.

Wir haben das Ende der „Deutschen Frage“ mit dem Fall der Berliner Mauer und Vereinigung Deutschlands sowie dem Ausbau der europäischen Union und NATO gefeiert. Jedoch erwarten wir, das Europa in heutiger Zeit eine zentrale Rolle bei der Lösung der globalen Probleme einnimmt.

Allerdings, wird Amerika in zwei Richtungen gezogen; einerseits verlockt die Vorstellung eines, von, wie George Washington es ausdrückte, „entangling alliances“, unabhängigen Amerikas, andererseits integrieren wir uns zunehmend in eine globalisierte Welt. Die Entscheidung des neuen Präsidenten, in wie weit wir uns im internationalen System engagieren, wird den Kurs der amerikanischen Außenpolitik der nächsten zwanzig Jahre bestimmen.

Besonders die herrschende Finanzkrise, wird die gewohnte amerikanische Tendenz zum Isolationismus neu beleben. Erstaunlicherweise unterstützen inzwischen über 70% der Amerikaner den neuen außenpolitischen Kurs von Präsident Obama. Zumindest bis jetzt.

Wir wissen, dass die Zeiten in denen Amerika nach dem Ende des Kalten Krieges die einzige Supermacht der Welt war, vorüber sind. Wir setzen unser Vertrauen in Barack Obama und seinem Versprechen für den Wandel: „Yes We Can.“

Die Frage, die wir uns dieser Situation – der Neuausrichtung der amerikanischen Führungsrolle und der Bewältigung der wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen – stellen müssen, ist, wie die Vision von Präsident Obama die, wie ich sie nenne, „unabkömmliche transatlantische Allianz zwischen Amerika und Europa“, beeinflusst.

Was wir jetzt, mehr noch als zuvor, bedürfen, ist eine „Globale Transatlantische Agenda.“ Diese Forderung basiert auf der historischen Wahrheit, dass die transatlantischen Beziehung nach wie vor ein Garant für den Weltfrieden und den weltweiten Wohlstand sind. Die transatlantische Partnerschaft hat bewiesen, dass sie für

die Sicherung des Friedens in Europa unabkömmlich ist und dass sie für eine erfolgreiche Lösung der weltweiten Aufgaben benötigt wird.

Stellen Sie sich für einen Moment vor, was geschehen würde, wenn wir den weltweiten Einfluss Amerikas, seine militärische und wirtschaftliche Stärke, mit den Demokratien Europas und ihrer sozialen Marktwirtschaft kombinieren würden. Wenn wir diese Errungenschaften in den Dienst unseres gemeinsamen Bekenntnisses zur Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte stellen würden. Wir würden den stärksten Gegenpol zu den geopolitischen Herausforderungen bilden, die auf uns zukommen werden. Das ist die transatlantische Partnerschaft, wie ich sie verstanden haben möchte.

II

Eine gemeinsame Deutsch-Amerikanische Geschichte

Wofür steht denn die transatlantische Partnerschaft, wenn nicht für die Lösungen unserer gemeinsamen Probleme? Der Ausspruch von Walter Russell Mead über Deutschland und die USA behält nach wie vor seine Gültigkeit:

„Erstens bilden die soliden und dauerhaften Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland seit mehr als einem halben Jahrhundert die unentbehrliche Vorbedingung für das Fortschreiten der europäischen Integration. Zweitens ist das Gebiet auf dem es gerade die größten Kontroversen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gibt – der Nahe Osten – das Gebiet auf dem beide Länder starke Interessen vertreten und wo beide am meisten gewinnen können, wenn sie sich kooperativ verhalten.“

Die Gründungsväter vom Amerika errichteten unseren Staat auf den Ideen der Aufklärung, die die grundsätzliche Verbindung zu gemeinsamen transatlantischen Werten darstellt. Daneben gibt es noch eine jüngere Periode in der Geschichte der gemeinsamen transatlantischen Beziehungen. Heute, wo wir großen globalen Herausforderungen gegenüberstehen, können wir diese jüngste Periode unserer gemeinsamen Geschichte betrachten und lernen, wie wir aus der erfolgreichen Bewältigung vergangener Herausforderungen eine erfolgreiche Zukunft aufbauen können.

Die Geschichte der Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa in den vergangenen drei Generationen, scheint regelmäßige Zyklen von etwa 20 Jahren zu durchlaufen. Alle zwanzig Jahre zieht eine neue Generation aus, um die Welt zu verändern.

In einem Ausbruch von Kreativität haben die Führer der Nationen der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg internationale Institutionen eingerichtet – die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, GATT und die NATO. Diese Institutionen begründeten eine Ära der Ordnung und Stabilität. In Europa wurde das Fundament der Europäischen Union von großen Männern wie Jean Monnet und Robert Schumann gelegt.

Im Jahr 1948 hat die internationale Gemeinschaft die Erklärung der universellen Menschenrechte verabschiedet, die auf den Werten der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhen. Diese Werte bilden die Eckpfeiler unseres politischen Handelns.

Zwanzig Jahre später, verherrlichte die sogenannte „Generation der 68er“ die Jugendkultur. Sie lehnte die alte Ordnung ab, die zu den Kriegen in Vietnam und Algerien geführt hatte. Diese Generation forderte die Grundsätze des Kapitalismus heraus und stellte das Gewaltmonopol des Staates in Frage.

Es gab Studentenunruhen in Paris und in Deutschland und eine Außerparlamentarische Opposition verlangte ein Mitbestimmungsrecht bei der Regierung. Teile dieser Jugendbewegung radikalisierten sich und glitten in den Terrorismus ab. Sie gründeten Vereinigungen wie die Roten Brigaden und die Baader-Meinhof-Gruppe, aus der anschließend die Rote Armee Faktion hervorging. In ihren gewalttätigen Angriffen auf die Nachkriegsgesellschaft entführten und töteten sie Geschäftsleute, Banker und Politiker. Einige der Ermordeten waren Freunde von mir.

Aber, die politischen Grundideen der Basisdemokratie und Mitbestimmungen konnten schließlich fortbestehen, indem einflussreiche Nichtregierungs-Organisationen gegründet wurden, die sich aktiv für die Menschenrechte, die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz einsetzen.

In Deutschland wandelte sich die grüne Bewegung in die Partei „Die Grünen“, die vom ehemaligen Außenminister Joschka Fischer geführt wurde. In den 1990er Jahren haben sich Fischer und die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright gemeinsam für den NATO-Einsatz im Kosovo eingesetzt, der die ethnischen Säuberungen in dem Land beendete. Die Vereinten Nationen griffen das Motto „Nie wieder Auschwitz“ in ihrem Prinzip der „Verantwortung zu schützen“ [Responsibility to Protect] auf und legten damit den Grundstein für humanitarischen intervention um gencide zu beenden.

Der Kern des 68er Konflikts – die zwischengenerationelle Auseinandersetzung über die innerstaatliche Lösung verschiedener ökonomischer und sozialer Fragen – schleicht sich auch in die gegenwärtige Debatte und hinterlässt ein gewisses Unbehagen; allerdings geht es diesmal in erster Linie um die gerechtere Verteilung der Steuerlasten und Unternehmensgewinne.

Im Jahr 1989, zwanzig Jahre später, stand das kommunistische System unter Druck. Präsident Ronald Reagan forderte in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor in Berlin im Juni 1987 Präsident Gorbatschow dazu auf: „Tear down this wall!“ – „Reißen Sie diese Mauer nieder!“ Der Wandel kam mit Gorbatschows Glasnost-Politik und bald darauf gab es in ganz Osteuropa eine Revolution der Freiheit.

Die Demokratische Revolution der 1980er Jahren haben die evangelischen Pfarrer Deutschlands, wie Christian Führer in der Nikolaikirche in Leipzig, in ihren Predigten

und in Diskussionen wiederholt auf die Bergpredigt verwiesen und sich für einen gewaltlosen politischen Wandel eingesetzt.

Im Herbst 1989 kam es dann zur friedlichen Revolution in Ostdeutschland in deren Verlauf die kommunistische SED Regierung abgesetzt wurde. In den ersten freien und fairen Wahlen in der DDR am 18. März 1990, wurde dann das kommunistische Regime abgewählt. Schließlich hat die Volkskammer das Grundgesetz der Bundesrepublik angenommen, was letztlich in die deutsche Vereinigung mündete.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, konnten Deutschland und Europa, die durch den Verlauf der Geschichte geteilt waren, durch die 2+4 Verhandlungen auf der Grundlage der von uns allen geschätzten Werte vereinigt werden.

Damals war es für viele vorstellbar, dass eine neue Welt entstehen könnte, die auf den Werten der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit beruhte. Dass diese reizvolle Vorstellung schon damals nicht ganz der Wirklichkeit entsprach, wurde durch die ökonomische – aber nicht politische – Emanzipation Chinas offenkundig. Aber jenseits von China waren in dieser Zeit einige der „aufstrebenden Märkte“ Asiens von einer schweren Finanzkrise tief betroffen.

Der Kerngedanke aus dem Jahr 1989 – dass die überkommenen Vorstellungen von Systemkonflikten endlich überwunden werden konnten – findet seine eigene Fortsetzung in der noch immer andauernden Selbstbefreiung anderer Länder.

Ein nüchternerer Blick zurück in die 1990er Jahre macht diese Entwicklung deutlich. Ungeachtet der triumphalen Rhetorik der ehemaligen Kalten Krieger, waren diese Jahre stark von Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten geprägt. Und auch in Europa wurde in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ein blutiger Konflikt zwischen den Völkern ausgetragen. Gemeinsam mit dem fortwährenden Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis und den Bedrohungen durch sog. „Schurkenstaaten“, allen voran Irak und Nordkorea, hat sich der Traum vom Frieden nach dem Kalten Krieg endgültig verflüchtigt.

Nimmt man alle diese Auseinandersetzungen zusammen – die ethnischen Säuberungen in Bosnien, den Völkermord in Ruanda, die Bürgerkriege in Sierra Leone und Liberia, die Al Qaeda Angriffe auf die Vereinigten Staaten, der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan, der Regimewechsel im Irak, die islamischen Aufstände in Tschetschenien und natürlich der Völkermord in Darfur – wird es zusehends schwerer sich eine Welt ohne Konflikte vorzustellen.

Nach den Angriffen des 11. September 2001 in New York, Pennsylvania und Washington, hat die Regierung von George W. Bush ihre Strategie der nationalen Sicherheit bekanntgegeben. Dabei setzte Bush auf ein überwiegend unilaterales Vorgehen in der Außenpolitik, eine Verstärkung des Militärs und einer Verteidigung der US-Interessen.

This speech appeared in the March 20, 2009, AICGS Advisor. <http://www.aicgs.org>

Die Welt hat erfahren wie flüchtig die Errungenschaft des Friedens war. Nach der militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien im letzten Jahr hat sich der Kreis geschlossen. Nachdem zuvor der friedliche Wettkampfgeist der Olympischen Spiele von Peking die Hoffnung auf ein weltweites Zusammengehen erneut genährt hatte, sind wir wieder zur gewohnten politischen Praxis zurückgekehrt.

Der Luxus der Vergangenheit bestand darin, dass große gesellschaftliche und politische Fragen etwa alle 20 Jahre aufkamen, während die übrigen Rahmenbedingungen bestehen blieben. Mit der heutigen weltweiten Synchronität, sowohl in politischen als auch ökonomischen, sozialen und strategischen Fragen, ist dieser Luxus verloren gegangen.

In diesem Jahr hat ein neuer „20-Jahres-Zyklus“ begonnen und damit auch eine weitere große Herausforderung für unsere transatlantische Partnerschaft. Und wenn uns die Geschichte eines gelehrt hat, dann, dass wir unsere gemeinsamen Herausforderungen am besten gemeinsam meistern können.

Die US-Regierung hat erkannt, dass ihre Machtstellung in der Welt sehr viel schneller beschränkt wurde als erwartet; schneller als die meisten Amerikaner gehofft haben – und schneller als die meisten der Strategen beider politischen Lager in Washington bereit sind, sich einzugestehen.

José Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, hat diese Situation im September 2008 in seiner Rede bei der Harvard University auf den Punkt gebracht. Darin führte er aus, dass es an der Zeit ist, über eine „Atlantische Gemeinschaft“ nachzudenken – die die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und weitere nordatlantische Länder zu einer engeren ökonomischen und ordnungspolitischen Gemeinschaft zusammenbringt.

Barroso legte dar: „Turbulenzen in engverbundenen Finanzmärkten können unseren gemeinsamen wirtschaftlichen Fortschritt unterminieren; weltweite Pandemien können sich schneller verbreiten; für Terroristen ist es einfacher sich zu koordinieren und Angriffe auf unsere Heimatländer austragen; der Mangel an sicherer und nachhaltiger Energie kann uns in eine weltweite Rezession stürzen; und der Klimawandel kann, neben seinen ökologischen Konsequenzen, ernste geopolitische und sozial Rückwirkungen haben.“

„Die Herausforderungen achten keine Landesgrenzen. Diese Herausforderungen gehen über Landesgrenzen hinweg. Amerika und Europa haben keine Wahl, als ihnen gemeinsam gegenüber zu treten. Berücksichtigt man die Komplexität und die Reichweite dieser Herausforderungen, ist es sehr verlockend, sich auf eine Position des Protektionismus, der Isolation und des ökonomischen Nationalismus zurückzuziehen. Aber dies würde eine ernsthafte Pflichtverletzung gegenüber den Interessen und der Sicherheit unserer Völker bedeuten. Und wie so oft im Leben, ist es oftmals unvergleichlich schwerer das Richtige zu tun als das Einfache.“

Auch in Amerika hat Dennis Blair, der neue Chef des Nachrichtendienstes, die Wirtschaftskrise als die wichtigste Herausforderung für unsere gemeinschaftliche Außenpolitik bezeichnet.

Wenn man all diese „20-Jahre-Zyklen“ zusammen analysiert, erkennt man, dass ihre Nachwirkungen nach wie vor spürbar sind, aber dass ihre Errungenschaften vielfach dringender Reformen oder einer Generalüberholung bedürfen. Dies trifft besonders für das Erbe des Jahres 1948 zu, also für die UNO, die Weltbank, die WTO, den Internationalen Währungsfonds und die NATO.

Das bringt uns zu der Frage: Was tun? Präsident Obama hat bereits früh deutlich gemacht, daß die beiden traditionellen amerikanischen Tendenzen - der Isolationismus und der Alleingang - keine Rolle in seiner Regierung spielen werden.

Es ist uns klar, dass der Aufstieg Chinas, Indiens und Rußlands zu größerer Macht uns endgültig dazu brachte, das Ende des amerikanischen „Unipolaren Moments“ anzuerkennen. Vizepräsident Joe Biden kam zur Münchener Sicherheitskonferenz mit der Botschaft, dass Außenpolitik nicht nur aus militärischer Macht besteht, sondern auch auch Diplomatie und Entwicklungshilfe.

Durch den Krieg im Irak und die erhöhte amerikanische Arbeitslosigkeit durch die NAFTA, wurden bereits wieder Stimmen laut, die mehr Isolationismus forderten. Doch die multilateralen Strategien zur Lösung der Klima- und Energiekrise finden große Unterstützung beim amerikanischen Volk. Im Ressort von Jim Jones, dem Nationalen Sicherheitsberater Präsident Obamas, wird sowohl über finanzielle und wirtschaftliche Themen als auch über Energie- und Klimafragen beraten. Eine neue Welt zeigt sich.

Jedenfalls blicken wir in eine gemeinsame Zukunft, in der wir großen Problemen gegenüberstehen und wir befinden uns in einer Gegenwart die voll ist von Konflikten, die beide Staaten betreffen. Beides können die nur gemeinsam lösen.

III

Die Finanzkrise – Dringlichkeit vor Wichtigkeit

Präsident Obama's Angriff auf die Finanzkrise hat drei Stufen um Lösungen für die Weltfinanzkrise zu finden. Wir dürfen die transatlantischen Beziehungen aber nicht in den Hintergrund drängen lassen. Aber es gilt vor allem die internationalen Märkte gemeinsam zu stabilisieren und den Freihandel weiter zu fördern.

Stufe eins ist gegen die dringliche „Krise der Wall Street“ problem das hat ihre Ursachen vor allem in Sub-Prime (zero equity) Hypotheken, Änderungen bei den Regulierungen von Fannie Mae und Freddie Mac, Basel II und der SEC sowohl als auch riesige Handels-Ungleichgewichte. Als Resultat gab es einerseits ein Mangel an Transparenz und andererseits ein Mangel an Liquidität und an Kapital.

Die Ursachen der Krise werden derzeit von den Ökonomen analysiert, aber ihre Auswirkungen machen sich bereits auf der Straße bemerkbar. Arbeitsplätze gehen

verloren, Häuser müssen zwangsversteigert werden, die Insolvenzen mehren sich und es geht zunehmend das Vertrauen verloren, dass diese Krise bewältigt werden kann. Aber Präsident Obama hat bereits mehrfach betont, dass wir die Krise überwinden müssen oder es wird zu einer Katastrophe kommen.

Die Grundsätze nach denen es jetzt zu handeln gilt lauten: Transparenz, Verantwortungsbewusstsein, ein solides Bankwesen und weltweite finanzwirtschaftliche Übereinkünfte. Grundsätzlich fragen wir: Wo sind die „toxic assets“ und wie können sie aus dem Finanzmarkt herausgenommen werden?

Der US\$ 700 Milliarden Rettungsplan [Troubled Assets Recovery Plan -- TARP], und der „Financial Stability Plan“, kommen dem Mangel an Liquidität zwar entgegen, aber viele Banken sind noch immer zu verunsichert, um die Staatshilfen wahrzunehmen.

Es ist zu erwarten, dass jetzt der Ruf nach neuen, aber hoffentlich nicht „Über-“, Regulierungen, vor allem hinsichtlich der Markttransparenz, ertönen wird. Dafür müssen die gebündelten Finanzinstrumente, wie sie vor allem bei den Sub-Prime Hypotheken verwendet wurden, wieder aufgeschnürt werden.

Finanzminister Tim Geithner hat dieses Vorgehen als zweite Teile des Plans zur Stützung des Finanzsektors präsentiert. Der U.S.-Finanzminister hat seine Pläne für die weitere Stabilisierung des Finanzsektors vorgestellt in deren Rahmen umfangreiche staatliche Maßnahmen zur weiteren Stützung des Finanzsektors ergriffen werden sollen. Die dabei notwendigen Finanzhilfen könnten einen Gesamtumfang von bis zu US\$ 2,5 Billionen (2.5 trillion) dollars annehmen. Solche Summen sind kaum vorstellbar.

Ein erster Schritt zur Umsetzung dieses Plans, ist die Verwendung der US\$ 350 Milliarden umfassenden zweiten Tranche des Troubled Asset Relief Program (TARP) für die folgenden Maßnahmen:

Erstens -- staatliche Beteiligung mit einem Volumen von US\$ 100 Milliarden an einer Private Public Partnership (PPP), die von betroffenen Finanzinstituten „faule“ Wertpapiere erwerben soll;

Zeitens -- Aufstockung eines gemeinsamen Programms des US-Finanzministeriums und der Federal Reserve Bank zur Stützung der Kreditvergabe an Konsumenten und Unternehmen um US\$ 100 Milliarden;

Drittens -- Bereitstellung von US\$ 50 Milliarden zur Abwendung von Zwangsversteigerungen von privat genutzten Wohnimmobilien;

Viertens -- weitere Rekapitalisierung des Bankensektors durch staatliche Beteiligung mit einem Volumen von US\$ 100 Milliarden.

Die staatlichen Hilfen sollen gezielt an solche Kreditinstitute vergeben werden, deren Gesamtsituation eine Weitergabe der Finanzmittel in Form von Krediten an Konsumenten und Investoren erwarten lässt.

Zusätzlich sieht die Regierung umfangreiche Beschränkungen hinsichtlich von Dividendenzahlungen, Aktienrückkäufen und Übernahmen bei den betroffenen Instituten vor. Des Weiteren wird geprüft, inwieweit eine Umwandlung von bereits durch den Staat erworbenen Vorzugsaktien in normale Stimmrechtsaktien ermöglicht werden kann.

Im Kongress, in der Wall Street und in den Medien wurden die Vorschläge Geithners mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Börsen reagierten sogar mit deutlichen Kursverlusten. Bemängelt wird, dass hinsichtlich der Ausgestaltung und der Umsetzung der Maßnahmen bisher keine hinreichenden Details bekannt gemacht wurden. Geithner hat eine Konkretisierung der Pläne in den kommenden Tagen in Aussicht gestellt.

IV

Stimulation Plan – Recovery.Gov

Stufe zwei der Obama Angriff ist das Konjunkturpaket. Der Kongress forderte ein Keynesianischen Konjunkturpaket und hat ein solches innerhalb wenige Tagen verhandelt und verabschiedet. Innerhalb weniger Wochen hat Präsident Obama somit einen Konsens unter den U.S. Ökonomen und die Verabschiedung des Pakets durch den Kongress erreicht.

Mit dem Geld soll vor allem in die Bildung, das Gesundheitswesen, die Energieversorgung – alternative und umweltverträgliche - und in die Infrastruktur investiert werden. Diese Investitionen werden Amerika mit mehr Schulen, alternativen Energiequellen, Brücken, Straßen und einem Schienensystem für Hochgeschwindigkeitszüge ausstatten und sie werden uns in die Lage versetzen, nach dem Ende der Wirtschaftskrise, im weltweiten Wettbewerb mitzuhalten.

Das Konjunkturpaket, hat einen Umfang von US\$ 789 Milliarden, von denen rund 35% oder US\$ 282 Milliarden auf Steuersenkungen entfallen. Die restlichen US\$ 507 Milliarden sind für Transfers an die Bundesstaaten und verschiedene Sozialprogramme sowie Investitionen vorgesehen.

Wesentliche Elemente des Pakets im Überblick:

- Mehr als US\$ 150 Milliarden sind für staatliche Infrastrukturinvestitionen in Autobahnen, Brücken, Flughäfen und Schienenwege sowie für Umweltprojekte eingeplant.
- Die Alternative Minimum Tax wird zeitlich befristet reduziert. Dadurch werden rund 20 Millionen Steuerzahler der mittleren Einkommensklassen um insgesamt US\$ 70 Milliarden entlastet.
- Die Bundesstaaten erhalten zum Ausgleich ihrer Haushaltsdefizite und für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur US\$ 54 Milliarden. Des Weiteren sind

Transfers i.H.v. US\$ 90 Milliarden in die Systeme der Bundesstaaten zur Gesundheitsvorsorge für sozial Schwache (Medicare) vorgesehen.

- Für Unternehmen werden die Abschreibungsbedingungen für Investitionen verbessert. Außerdem wird die Frist für den steuerlichen Verlustvortrag von gegenwärtig zwei auf fünf Jahre ausgeweitet.

Obama's Stufe Drei ist zur Stabilisierung des amerikanischen Häusermarktes. Diese sollen in Form von vergünstigten Darlehen und Steuererleichterungen privaten Hausbesitzern und -käufern zu Gute kommen.

Sorgen um Protektionismus

I sehe auch Sorgen um Protektionismus. Die Unterlassung von riesige Handels-Ungleichgewichte—nämlich riesige Handels-Mehrbetrag in China und riesige Schulden und Defiziten in den USA und Europa—werden Firmen stürzen und Aktien-werte erniedrigen über die längere Zeit.

Und während des Wahlkampfes kündigte Obama an, den North American Free Trade Act (NAFTA) zu reformieren, um amerikanische Arbeiter besser zu schützen. In Kanada hat der Präsident aber bereits angekündigt, diese Reform zunächst zu verschieben. Inzwischen hat Obama signalisiert die Korea FTA und Columbia FTA fort zu verhandeln.

Der Ruf von Obama nach Rückstellungen in Handels-Kontrakte um Arbeiter zu schützen ist ja eine Reagierung gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit in jetzige Abkommen ab. Kürzlich hat Präsident Obama gefordert, bestehende Handelsabkommen auszusetzen. Damit reagierte er auf Ungerechtigkeiten im bilateralen Handel. Dies ist aber kein Aufruf den Freihandel zu beenden.

Wichtig zu verstehen ist das gemäß der amerikanischen Konstitution, hat der Präsident nicht die Macht, Handelsverträge eigenverantwortlich abzuschließen. Zunächst muß das allmächtige "House Ways and Means Committee" des U.S. Kongresses ihm eine Sondervollmacht übertragen, die sog. "Trade Promotion Authority." Gerade in Fragen des Handels, wird der protektionistische Druck des U.S. Kongresses stark zu spüren sein. Denn hier wird der Umfang der präsidentialen Vollmachten beschlossen, wenn es um die Verhandlung der Doha-Runde oder anderer Handelsabkommen geht.

Wir wissen wie wichtig Handel für uns alle ist. Vor kurzem wurde hierzu eine Studie von Antoine Bouet und David Laborde vom "International Food Policy Research Institute" (IFPRI) veröffentlicht. Die Ergebnisse der beiden Forscher sind beunruhigend. Ein Scheitern der Doha-Verhandlungen und die Rückkehr zu einer protektionistischen Politik würde, so schätzen sie, enorme Verlust in Höhe von US\$ 1,064 Milliarden für den Welthandel bedeuten. Diese ungeheure Summe teilt sich wie folgt auf: durch den Fehlschlag der Doha-Runde würden der Welt US\$ 336 Milliarden an Handelswerten verloren gehen und die protektionistischen Einschränkungen würden weitere US\$ 728 Milliarden kosten.

This speech appeared in the March 20, 2009, AICGS Advisor. <http://www.aicgs.org>

Die Einigung über den Welthandel ist entscheidend, damit wir darauf hoffen können, den Weg aus der Finanzkrise hinauszufinden. Nur wenn wir weiterhin miteinander handeln, können wir die Weltwirtschaft weiter antreiben.

In dem Konjunkturfördergesetz von Präsident Obama gibt es die sog. „Buy American“ Auflagen, die vielen Sorgen bereiten. Die entgültige Version des Gesetzes sieht vor, dass bei öffentlichen Aufträgen Produkte und Leistungen aus den USA bevorzugt werden, solange dies im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der USA erfolgt.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die ursprünglich geplante Verschärfung des „Buy American Act“ kein Bestandteil des Gesetzes geworden ist und dass das Gesetz im Einklang mit den Richtlinien der Welthandelsorganisation WTO und des amerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA steht.

Wie es auf dem G7 –Treffen der Finanzminister in Rom gesagt wurde: die Industrienationen müssen den Protektionismus ablehnen und ein Doha Abkommen beschliessen, um so neues Vertrauen in den Welthandel zu schaffen. Finanzminister Geithner ist sich dieser Sorgen bewusst und auf dem Treffen sagte er: „Wir haben die Bedenken zur Kenntnis genommen, und der Präsident hat darauf reagiert. Wir werden unsere Grenzen offen halten.“

V

Zwei Globale Gipfeltreffen: G-20 und NATO

Die Geschichte schreitet voran mit internationaler zusammen Arbeit. Am 2. April tritt zum zweiten Mal den G-20 Gipfel zusammen zur Bewältigung der Finanzkrise. Die internationale Debatte, die im November 2008 mit dem britischen Premierminister Brown und dem französische Präsident Sarkozy begonnen hat, wird beim G-20 Gipfel in London im April fortgeführt. Zudem werden die Fortschritte bei der Überwindung des herrschenden Liquiditätsmangels, die Notwendigkeit zu größerer Transparenz im Finanzsektor sowie die allgemeinen Auswirkungen der Rezession diskutiert werden.

Um die bisherigen Erfolge zu bewerten, hat Fred Bergsten, der Präsident des „Peterson Institute for International Economics“, vier Grundsatzentscheidungen herausgearbeitet:

- Erstens, die Verpflichtung jedes G-20-Mitglieds, ein Programm zur Konjunkturbelebung aufzulegen, das mindestens 1-2% des Bruttosozialprodukts umfasst.
- Zweitens, bis auf weiteres sollte von staatlichen Maßnahmen abgesehen werden, die zu Verzerrungen im internationalen Handel führen.
- Drittens, die Verpflichtung, dass die Mittel des Internationalen Währungsfonds um US\$ 500 Milliarden aufgestockt werden. Damit soll vor allem Entwicklungsländern, die hart von der Krise getroffen worden sind, geholfen werden.
- Viertens, Einrichtung von Arbeitsgruppen, um den Schwächen im System, die den Ausbruch der Krise begünstigt haben, zu begegnen.

Der andere Gipfel - NATO

Unser Wohlfahrt ist auch mit unserer Sicherheit tief verbunden. Der 60. Geburtstag der NATO steht ganz oben auf der Agenda des Präsidenten. Das Treffen mit Kanzlerin Merkel und der Bündnispartner hier in Baden-Baden wird drängende Fragen lösen müssen. Diese Probleme werden den Einsatz aller politischer Instrumente erfordern, über die wir verfügen.

Es ist zu erwarten, dass die Debatte über die künftige globale Rolle der NATO sehr lebhaft ausfallen und die Jubiläumsfeierlichkeiten dominieren wird. Aber welche Rolle wird die Allianz weltweit wahrnehmen und was werden Amerika und Europa von dem Bündnis fordern und erwarten?

Erstens, auf dem Gipfeltreffen unter anderem kommt es zu Entscheidungen über ein neues strategisches Konzept sowie die Rückkehr der Franzosen in die militärische Struktur beschlossen wird. Voraussichtlich wird auch ein Stopp bei der Aufnahme neuer Mitglieder beschlossen.

Zeitens, erwarte ich eine mutige und ernsthafte und vor allem öffentliche politische Debatte beiderseits des Atlantiks über folgende Themen:

- der Terrorismus in Afghanistan,
- die politisch instabile Atommacht Pakistan, und
- eine sehr unsichere Zukunft in Irak.

Die Bedrohung die von den wiedererstarkten Taliban in Afghanistan und ihrer Unterstützung von Al Qaeda, die Gefahren eines politisch instabilen und mit Atomwaffen ausgerüsteten Pakistans und die Folgen der unsicheren Entwicklung im Irak – dies alles verlangt von den Bündnispartnern den politischen Mut einer offenen Debatte sowie den Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Mittel.

Lass mich ein paar Worte zur Terrorismus in Afghanistan und in Pakistan mit den Taliban und Al Qaeda. Wir haben kein Zweifel das Terror aus dieser Region bedroht uns und wird ein Testfall für die NATO sein. Die USA werden eine neue, umfassende Strategie ausarbeiten müssen.

Es müssen die ökonomische und soziale Entwicklung in dem Land gefördert werden, die afghanische Armee muss ausgebildet werden, die Korruption im Polizeiwesen muss zurückgedrängt werden und, aufgrund der nach wie vor angespannten Sicherheitslage, ist eine militärische Präsenz nach wie vor unabdingbar. Es hat bewiesen, dass es aktiv die wirtschaftliche Entwicklung und den Wiederaufbau eines Landes unterstützen kann, so wie dies gerade in den nördlichen Provinzen Afghanistans geschieht. Das ist das Deutschland, das inzwischen von den Amerikanern und den NATO-Verbündeten als ein demokratisch gefestigter und militärisch verantwortungsvoller Partner erwartet wird.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die militärische Rolle die unser EU Alliierten zunehmend in der Welt wahrnimmt, innerhalb vieler europäischer Länder durchaus

umstritten ist. Dennoch ist der Afghanistan Einsatz nicht lediglich als Testfall für die NATO anzusehen; er umreißt auch die Rolle Deutschlands in einem globalen Sicherheitssystem.

Selbst 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges, schreibt das transatlantische Bündnis eine gemeinsame Geschichte und trägt dazu bei, eine gemeinsame Welt zu gestalten. Seit mehr als einem Jahrzehnt wächst in Deutschland die Bereitschaft aktive militärische Aufgaben in Krisenregionen zu übernehmen und inzwischen ist die Bundeswehr im Ausland stationiert.

Deutschland hat bewiesen, dass es durchaus in der Lage ist, offen über Militäreinsätze zu diskutieren und sich auch für einen solchen Einsatz zu entscheiden, wenn dieser für die Bekämpfung des Terrorismus notwendig sein sollte.

Die Sicherheitsdebatte ist nicht einfach. Als der US-Verteidigungsminister Robert Gates vor einige Tagen die NATO Partner nochmals dazu aufforderte ihre Truppen für einen Einsatz im umkämpften afghanischen Süden aufzustocken, zielte seine Argumentation darauf ab, dass für den Sieg mehr Truppen von allen Partnern nötig sein werden.

Bei seinem Besuch in Berlin im Sommer letzten Jahres hat uns Barack Obama daran erinnert, dass Afghanistan der Unterstützung Amerikas und der NATO bedarf. Er hat klargestellt, dass die Afghanen sowohl der amerikanischen als auch der europäischen Truppen bedürfen.

Inzwischen hat Obama 17,000 weitere US-Soldaten nach Afghanistan beordert und Richard Holbrooke zu seinem Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan ernannt. Holbrooke hat sein Amt bereits angetreten und er wird eine wichtige Rolle beim NATO Gipfel spielen.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die 4,500 Soldaten in ihrem Zuständigkeitsbereich um 600 weitere Soldaten aufzustocken. Gleichzeitig hat auch die Obama Administration erkannt, dass das Engagement zur Ausbildung der afghanischen Armee und zur Entwicklung der Infrastruktur eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau spielt.

VI

Schlussfolgerung

Zum Schluss. Die weltweite Finanzkrise wird weitreichende Folgen haben und sie wird einschneidende Änderungen für die Weltwirtschaft bringen. Zweifellos hat die Krise den Bedarf für eine effektivere Aufsicht und Regulierung des Finanzsektors deutlich gemacht. Aber das bedeutet nicht das Ende des Kapitalismus. Wir werden uns erholen und mit innovativen Ansätzen und neuen Investitionen in die Zukunft voranschreiten.

Die transatlantische Agenda ist weltweit ausgerichtet; und das macht sie so komplex. Sie verlangt ein kreatives und gemeinschaftliches Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit Deutschland, Europa und dem Rest der Welt. Dieses lebenswichtige Zusammenwirken wird enge Allianzen, formelle wie informelle, benötigen.

Darüber hinaus verlangt es den andauernden Austausch mit internationalen Organisationen und die Unterstützung sowie die Kooperation mit einflussreichen Nichtregierungs-Organisationen und gesellschaftlichen Institutionen.

Präsident Obama hat bereits in seiner Antrittsrede signalisiert, sowohl den Standpunkt unserer Verbündeten als auch unserer Gegner zu respektieren. Aber auch unsere Verbündeten sollten die Initiative ergreifen und ihrerseits Vorschläge machen, damit eine Debatte in Gang kommt und nicht auf die Vereinigten Staaten warten lassen ein „fait accompli“ zu präsentieren. Denn dies würde nicht im Sinne einer „Globalen Transatlantischen Agenda“ sein.

Wie ich bereits zu Beginn meiner Rede sagte: Es ist an der Zeit die außenpolitische Dimension der transatlantischen Beziehungen neu zu bewerten. Jetzt ist der Zeitpunkt, die transatlantischen Beziehungen neu zu erfinden.

I hoffe die Europäer die Initiative ergreifen können, um eine gemeinsame Politik zu schaffen. Das ist auch die Frage, die wir im kommende Zeit beantworten müssen. Denn nur gemeinsame Interessen können eine gemeinsame Zukunft gestalten.

Die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit ist nicht vorbestimmt; entweder formen wir eine neue „Globale Transatlantische Agenda“ oder wir werden nicht die Kraft aufbringen können, um den weltweiten Herausforderungen, die an unsere Sicherheit und unseren Wohlstand gestellt werden, zu begegnen. Die erwartungen beiderseits nationale und internationale sind hoch.

Obama's Angriff auf die Finanzkrise und die bekämpfung die bedrohungen von Al Qaeda sind unser gemeinsamen transatlantischen Herausforderungen um das Versprechen des vergangenen Wahlkampfes umzusetzen: „Yes We Can!“

Vielen Dank.

Der Autor ist US-Botschafter a.D. und Vizepräsident der DePaul University, Chicago. Er war langjähriger amerikanischer Diplomat in der Bundesrepublik Deutschland und Gesandter in der Deutschen Demokratischen Republik. The views are his own.